Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/185

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 14. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 14. Februar 1962

15. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 16. Februar 1962

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Wie hoch ist der Anteil der für die Öffentlichkeitsarbeit tätigen und verantwortlichen Beamten und Angestellten des auswärtigen Dienstes, die außerhalb des englischen, französischen und spanischen Sprachraums (ohne afrikanische und asiatische Commonwealthländer) die jeweilige Landessprache beherrschen?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

II. 1. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der immer stärker hervortretenden Monopolausweitung der Rundfunk- und Fernsehanstalten durch das Wirtschaftsgebaren der von ihnen gegründeten Werbefunk- und Werbefernsehgesellschaften und ihrer Beteiligung an Film- und Atelierunternehmen entgegenzuwirken?

II. 2. Abgeordneter **Lohmar**

Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf die Verwendung der Mittel aus der VW-Stiftung?

II. 3. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Wie hoch waren die Kosten einschließlich Versandkosten der an alle Haushaltungen für die beiden vom Amt für zivilen Bevölkerungsschutz im Auftrag des Herrn Bundesinnenministers herausgegebenen Denkschriften „Jeder hat eine Chance" und „Verhalten bei radioaktiven Niederschlägen"?

II. 4. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Welcher Bundesinnenminister übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieser beiden Denkschriften, der frühere, unter dessen Amtsführung die Denkschriften angefertigt wurden, oder der derzeitige, unter dessen Amtsführung die Denkschriften „an alle Haushaltungen" per Post zugestellt wurden?

II. 5. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Was gedenkt der derzeitige Bundesinnenminister zu tun, um in Zukunft die Verteilung derartiger Denkschriften — soweit sie nicht geeignet sind, einer sachkundigen Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit zu dienen — zu verhindern?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Telefon 6 35 51

II. 6. Abgeordneter **Vogt**

Zu welchem Ergebnis haben die Bemühungen der Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Ländern um eine befriedigende Lösung des dringlichen Problems der zusätzlichen Altersversorgung der älteren Angestellten des öffentlichen Dienstes — insbesondere derjenigen, die keinen oder nur einen geringen Anspruch auf Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben — geführt?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

III. 1. Abgeordneter **Dr. Arndt (Berlin)**

Welche Fortschritte hat der Plan gemacht, strafgerichtliche Fehlsprüche amtlich zu sammeln?

III. 2. Abgeordneter **Drachsler**

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß in Zukunft Verkehrssünder, die zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, ihre Strafe getrennt von anderen Häftlingen, vor allem getrennt von Kriminellen, verbüßen können?

III. 3. Abgeordneter **Jahn**

Welchen Erfolg haben die von dem Herrn Bundesjustizminister in der 124. Sitzung der 3. Wahlperiode angekündigten weiteren Bemühungen gehabt, die Untersuchungshaft durch doppelte Aktenführung zu beschleunigen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

IV. 1. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt)**

Ich bitte die Bundesregierung um Auskunft, welche Steuererträge aus den Einnahmen der Rundfunkanstalten für Werbefunk- und Werbefernsehsendungen anfallen.

IV. 2. Abgeordneter **Müller-Hermann**

Ist die Bundesregierung bereit, durch steuerliche Maßnahmen einen Anreiz für den Bau von Hoch- und Tiefgaragen zur Behebung der Parkraumnot in den Städten zu geben?

IV. 3. Abgeordneter **Dr. Dollinger**

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur gewerbesteuerlichen Behandlung der Arbeitsverträge zwischen Ehegatten und des sogenannten Unternehmerlohns bei den personenbezogenen Kapitalgesellschaften zu ziehen?

IV. 4. Abgeordneter **Dr. Dollinger**

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Gewerbesteuer resultierenden Ausfall an Gewerbesteuer bei den Gemeinden?

IV.	5. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**	Ist es richtig, daß entgegen der gesetzlichen Regelung, nach der bei der Zusammenveranlagung die Steuererklärung von beiden Ehegatten unterzeichnet sein muß, Steuererklärungen auch dann als ausreichend angesehen werden, wenn sie nur von dem Ehemann unterzeichnet sind?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

V.	1. Abgeordneter **Müller-Hermann**	Wird die Bundesregierung, entsprechend einer Erklärung über eine zusammenfassende Initiative zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe, den Aufbau eines Betriebsberatungsdienstes für die mittelständischen Unternehmen des Straßenverkehrsgewerbes als wirksames Mittel für die Verbesserung der Ertragslage durch Rationalisierungsmaßnahmen durch die Bereitstellung der zugesagten Mittel fördern?
V.	2. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Kann die Bundesregierung durch Abschaffung oder Senkung des zwölfprozentigen Zolls auf „Schwedenhäuser" auf die Baupreise einwirken?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VI.	1. Abgeordneter **Ertl**	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, den Südtirolern, welche in der deutschen Wehrmacht gedient und als Kriegsopfer für die Zeit von 1945 bis 1955 vom italienischen Staat keine Entschädigung erhalten haben, die ihnen nach der deutschen Kriegsopfergesetzgebung zustehenden Rechte zu gewährleisten?
VI.	2. Abgeordneter **Jahn**	Welche Vorschläge beabsichtigt der Herr Bundesarbeitsminister dem Bundestag zu unterbreiten, um der wachsenden Überlastung des Bundesozialgerichts zu begegnen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

VII.	1. Abgeordneter **Jahn**	Welche gerichtlichen Schritte hat der Herr Bundesverteidigungsminister eingeleitet, um die Unwahrheit der öffentlich gegen ihn erhobenen Vorwürfe feststellen zu lassen, er habe sich unter Ausnutzung seines Amtes an Bauvorhaben der US-Armee bereichern wollen?
VII.	2. Abgeordneter **Dr. Arndt (Berlin)**	Ist es wahr, daß Herr Bundesminister Strauß in dem Verfahren gegen Hackel es unternahm, der Ausführung eines richterlichen Befehls zur

		Durchsuchung der CSU-Geschäftsstelle Nürnberg entgegenzutreten und hierbei, wie eine Zeitung berichtet, Oberstaatsanwalt Sauter telefonisch fragte, welcher politischen Partei die durchsuchenden Staatsanwälte angehörten?
VII.	3. Abgeordneter **Dröscher**	Ist die Bundesregierung bereit, sich für die Beschleunigung von Sicherungsmaßnahmen am Flugplatz Pferdsfeld einzusetzen, nachdem der Flugzeugabsturz in der Anflugschneise des NATO-Flugplatzes Nörvenich am 25. Januar 1962 die Gefahren für die dauernd unter solchen Umständen lebenden Mitbürger noch einmal deutlich gemacht hat?
VII.	4. Abgeordneter **Dröscher**	Werden bei der Einberufung Wehrpflichtiger zur Ableistung des Grundwehrdienstes, obwohl grundsätzlich die Wehrpflichtigen nach dem Los-System herangezogen werden sollen, Angehörige bestimmter Berufe in höherem Maße einberufen?
VII.	5. Abgeordneter **Sänger**	Ist es richtig, daß der Herr Bundesverteidigungsminister die Aufstellung einer „mobilen Einheit" angeordnet hat, deren Aufgabe es sein soll, offizielle Veröffentlichungen vorzunehmen, wenn im Ernstfall technische Schwierigkeiten für die Herstellung von Publikationen entstehen sollten?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

VIII.	1. Abgeordneter **Drachsler**	Ist es richtig, daß die im Bundesverkehrsministerium zustande gekommenen Richtlinien für die Anwendung des sogenannten Punktsystems für Mehrfachtäter auf schwere juristische Bedenken stoßen, ja, daß sie sogar gegen das Grundgesetz verstoßen?
VIII.	2. Abgeordneter **Felder**	Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß das Autobahnamt Nürnberg beabsichtigt, die „Anschlußstelle Frauenaurach" bei der im Bau befindlichen Autobahn Würzburg-Nürnberg — entgegen einer früheren ausdrücklichen Zusage — jetzt plötzlich in „Anschlußstelle Herzogenaurach" umzubenennen?
VIII.	3. Abgeordneter **Felder**	Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, den dringenden Wunsch der Gemeinde Frauenaurach und des Landratsamtes Erlangen zu unterstützen, der besagt, daß die Bezeichnung „Frauenaurach" angesichts der in der Gemeinde sich anbahnenden Industrieentwicklung (im Zusammenhang mit der Errichtung der Großschiffahrtsstraße und des Großkraftwerkes Franken) nunmehr endgültig festgelegt werden soll?

VIII. 4. Abgeordneter **Junghans**

Warum werden an den Bundesfernstraßen zum großen Teil auch Leitplanken aus Beton aufgestellt, obwohl das Aufstellen von Stahlleitplanken nur etwa 1/3 der Aufstellungskosten von Betonleitplanken verursachen soll und nach Auffassung von Fachleuten die Stahlleitplanke der Betonleitplanke sicherheitstechnisch überlegen ist?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

IX. 1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**

Trifft es zu, daß die Bundespostämter

a) bei der Vergabe von Postschließfächern,

b) bei den Mitteilungen an den Postschließfachinhaber betreffs umfangreicher oder besonderer Zustellsachen,

c) hinsichtlich des zeitlichen Zugangs zu den Fächern

nach eigenem Ermessen handeln können?

IX. 2. Abgeordneter **Dröscher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Inbetriebnahme einer größeren industriellen Produktionsstätte in dem zur Industrialisierung vorgesehenen ländlichen Raum des Hunsrückkreises Simmern daran zu scheitern droht, daß seitens der Bundespost in diesem Raum in absehbarer Zeit kein Fernsprechanschluß bereitgestellt werden kann, obwohl für die Industrialisierungsbestrebungen erhebliche öffentliche Mittel angesetzt wurden?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

X. 1. Abgeordneter **Büttner**

Welche konkreten Vorstellungen hat man im Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung über die derzeitige Höhe des Wohnungsfehlbestandes?

X. 2. Abgeordneter **Büttner**

Wie stellt sich das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung die Schaffung eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes vor?

X. 3. Abgeordneter **Büttner**

Wie steht das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung zu der Feststellung, daß in verschiedenen Orten die Zahl der Dringlichkeitsfälle unter den Wohnungssuchenden steigt, nicht zuletzt dadurch, daß durch die vermehrten Eigenbedarfsklagen infolge Auflösung des Mieterschutzes durch das Abbaugesetz Familien schuldlos räumungspflichtig werden?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Trifft die Meldung in einer großen deutschen Tageszeitung zu, wonach das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Erfüllung seiner koordinierenden Aufgaben 280 Planstellen benötigt?

Bonn, den 9. Februar 1962